

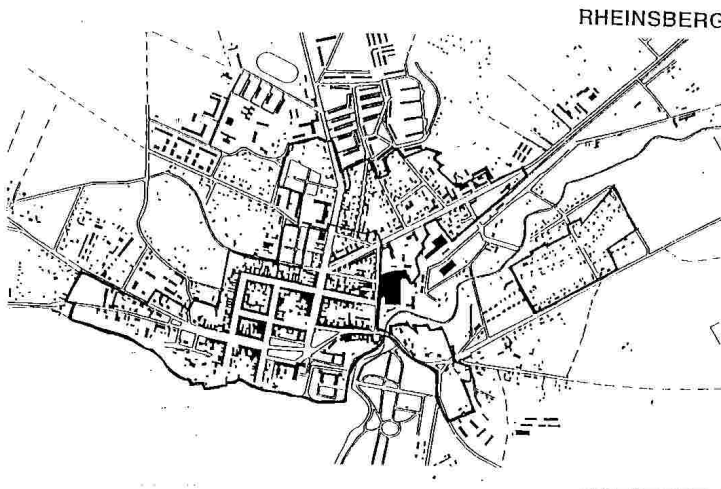
ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFT
ÜBER GESTALTUNG
FÜR DEN HISTORISCHEN ORTSKERN; DEN ERWEITERTEN STADTKERNBEREICH
UND DIE RHINHÖHER SIEDLUNG

GESTALTUNGSSATZUNG RHEINSBERG

Die von der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rheinsberg am 02. Oktober 1996 beschlossene örtliche Bauvorschrift über Gestaltung für den historischen Ortskern, den erweiterten Stadtkernbereich und die Rhinhöher Siedlung ist dem Landesamt für Bauen, Bautechnik und Wohnen gemäß § 89 Abs. 7 und § 91 Abs. 10 der Brandenburgischen Bauordnung vom 01.06.1994 (Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Brandenburg Nr. 12 vom 07.06.1994) in der geltenden Fassung angezeigt worden.

Das Landesamt für Bauen, Bautechnik und Wohnen hat mir mit Schreiben vom 25. 11. 1996 mitgeteilt, daß eine Verletzung von Rechtsvorschriften nach den §§ 89 Abs. 7 der Brandenburgischen Bauordnung und 11 Abs. 3 des BauGB nicht geltend gemacht wird.

Der räumliche Geltungsbereich ist aus dem nachstehend abgedruckten Übersichtsplan ersichtlich. Die genauen Grenzen gehen verbindlich aus der Eintragung in der Planzeichnung hervor.



Diese Satzung tritt mit dem Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Die örtliche Bauvorschrift über Gestaltung für den historischen Ortskern, den erweiterten Stadtkernbereich und die Rhinhöher Siedlung kann von sofort an im Bauamt des Amtes Rheinsberg, Paulshorster Straße 42 während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden. Über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

Es wird auf § 5 Abs. 4 der Gemeindeordnung für das Land Brandenburg hingewiesen. Hiernach ist, wenn eine Satzung unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften, die in diesem Gesetz enthalten oder aufgrund dieses Gesetzes erlassen worden sind, zustande gekommen ist, diese Verletzung unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der öffentlichen Bekanntmachung der Satzung gegenüber der Gemeinde unter der Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache, die den Mangel ergibt, geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung oder die öffentliche Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften begründen soll, ist darzulegen.


Richter

bekanntgemacht: 21.1.97
in Kraft getreten: 22.1.97
ausgehängt am: 7.7.97
abgenommen am: 23.7.97